

Beharrlich anhaltende Instabilität

BEWAFFNETE GEWALT UND UNSICHERHEIT IM SÜDSUDAN

Dieses Kapitel liefert eine Bestandsaufnahme der anhaltenden Sicherheitsbedrohungen im Südsudan, einer Region, die versucht, seit Jahren ein brüchiges Friedensabkommen mit Khartum in die Tat umzusetzen. Es zeigt, dass trotz der umfangreichen Friedensvereinbarung—*Comprehensive Peace Agreement* (CPA)—die Anfang 2005 in Kraft trat, der Südsudan auch in der Post-Konflikt-Phase in sich instabil ist, und nach wie vor eine Region bleibt, die von Klein- und leichten Waffen überschwemmt ist.

Kapitel 10 versucht, die wichtigsten Sicherheitsbedrohungen in der Region aufzuzeigen. Es analysiert den Prozess des politischen Übergangs, untersucht die Gründe für die starke Vermehrung der bewaffneten Gruppen, die Auswirkungen bewaffneter Gewalt auf die Gesellschaft, und die Bemühungen, menschliche Sicherheit in dieser Region zu verbessern. Im einzelnen gibt dieses Kapitel Antwort auf folgende Fragen:

- Hat sich die Sicherheit der im Südsudan lebenden Menschen seit dem Abschluss des CPA verbessert?
- Welches sind die entscheidenden Sicherheitsbedrohungen, mit der sich die Region auseinandersetzen muss?
- Welche Rahmenbedingungen bietet das CPA für die Verbesserung menschlicher Sicherheit?
- Wie stabil und umfangreich ist das Friedensabkommen?

Obwohl das Sudan *People's Liberation Movement* (SPLM) mit der Implementierung des historischen Friedensabkommens voran-eilt, kommt das Kapitel zu dem Schluss, dass der Prozess, sich in eine funktionsfähige Regierung zu verwandeln und die allseits erwartete Friedensdividende zu erbringen, sich als extrem schwierig erweist.

Der Südsudan gehört zu den Weltregionen mit der schlechtesten Bewertung für Bildung und für Kinder- und Schwangerschafts-sterblichkeit. Außerdem leidet die Region unter der fast völligen Abwesenheit selbst elementarster Infrastruktur. Während, entsprechend dem Mandat des CPA, bedeutende Fortschritte beim Aufbau der notwendigen Institutionen und rechtlichen Strukturen gemacht wurden, steht die Regierung des Südsudan noch immer vor der Aufgabe, sich buchstäblich aus dem Nichts zu errichten. Fehlende administrative Erfahrung, ein nahezu völliger Mangel ziviler Einrichtungen, und das Vorhandensein nur weniger ausgebildeter Arbeitskräfte bilden noch immer die größten Hindernisse auf dem Weg in den Fortschritt. Misswirtschaft und Korruption sind weitverbreitet. Das CPA ist weiterhin in Kraft, aber eine Vielzahl unterschiedlicher Interessen verhindern seine wirkungsvolle Durchsetzung, nicht zuletzt auch durch den Widerstand unproduktiver Elemente in Khartum.

Auf dem Wege zu einer anstehenden Volkszählung, der Demarkierung der Grenzen, und eines geplanten Referendums über die mögliche Abtrennung des Südens vom Rest des Landes in 2011, befindet sich der Friedensprozess in einer besonders kritischen Phase. Tiefes Misstrauen zwischen den verschiedenen Parteien, das Vorhandensein zahlreicher bewaffneter Gruppen, leichter Zugang zu Kleinwaffen, weit verbreitete Missstände und das Fehlen dringend benötigter Beschäftigungschancen sind Ursachen potentieller Unruhen.

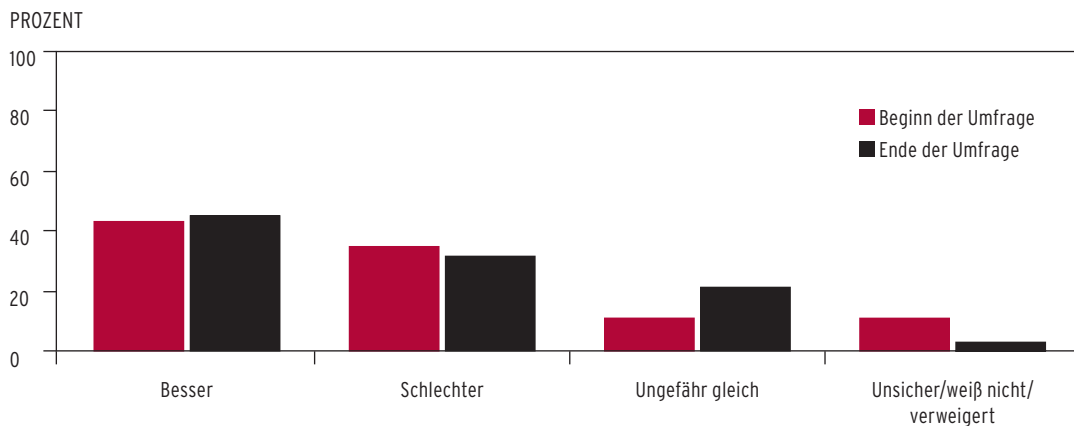
Zu den wesentlichen Erkenntnissen dieses Kapitels gehören:



Eine mit einer Kalaschnikow bewaffnete Frau bereitet auf dem Hof einer Siedlung in Rumbek, 900 km südlich von Khartum, mit ihrem Kind eine Abendmahlzeit. September 2003. © Patrick Olum/Reuters

- Das CPA hat für die Mehrheit der Bevölkerung keine Verbesserung der allgemeinen Sicherheit gebracht.
- Bewaffnete Gewalt und eine hohe Kriminalitätsrate sind nach wie vor weit verbreitet.
- Kleinwaffen sind leicht verfügbar und werden von allen Gruppen der Gesellschaft missbraucht.
- Die Nachfrage nach Kleinwaffen beruht auf der Notwendigkeit, aufgrund fehlender Sicherheitskräfte die Familie und deren Rinderbestände selbst schützen zu müssen.
- Verletzungen des CPA werden wahrscheinlich auch in Zukunft an der Tagesordnung sein.
- Der Nord-Süd-Konflikt wird auch in Zukunft durch Auseinandersetzungen um die Rohstoffe, speziell um die Ölquellen, geprägt sein.

Graphik 10.1 **Öffentliche und menschliche Sicherheit seit dem CPA (n=579, 621)**



Quelle: Garfield (2007, S. 23).

Obwohl die Bemühungen um eine Verbesserung der menschlichen Sicherheit anhalten—einschließlich eines Abzugs der sudanesischen Armee aus dem Süden, ziviler Entwaffnungsprogramme, und der Pläne des sog. DDR-Programms (Entwaffnung, Demobilisierung, Reintegration)—gibt es weiterhin sporadisch ausbrechende Kampfhandlungen und eine militärische Aufrüstung in den strategisch wichtigen Grenzgebieten. Es wird vermutet, dass die bevorstehenden Grenzfestlegungen, die bestimmt werden durch Lage natürlicher Rohstoffe, ebenfalls zu weiteren bewaffneten Konflikten führen werden.

Das CPA hat die menschliche Sicherheit für große Teile der Bevölkerung nicht verbessert.

Die Möglichkeiten für zukünftige Auseinandersetzungen liegen in dem reichhaltigen Waffenangebot. Der Sudan liegt im Zentrum eines der aktivsten Waffenmärkte der Welt, der durch jahrzehntelange Aufstände, Bürgerkriege, Stellvertreterkriege, kommunale Konflikte, schwache Regierungsführung und kriminelle Gewalttaten begünstigt worden ist. Der Süden des Sudan teilt poröse Grenzen mit der Zentralafrikanischen Republik, der Demokratischen Republik Kongo, Äthiopien, Kenia und Uganda, alles Länder, die in der jüngeren Vergangenheit Schauplätze interner und externer Kriege oder massiver kommunaler Konflikte gewesen sind. Die UN hat über mehrere dieser Staaten, einschließlich Sudan, ein Waffenembargo verhängt, das jedoch nur schwer durchzusetzen ist.

Es ist allgemein bekannt, dass die Verbreitung von Kleinwaffen und die Entstehung bewaffneter Gruppen zu der weitverbreiteten Unsicherheit in Südsudan beigetragen hat; es fehlt jedoch sowohl an sicheren Informationen über Umfang und Häufigkeit bewaffneter Gewalt als auch an konkreten Aussagen über die Zahl von Kleinwaffen in ziviler Hand. In diesem Kapitel wird das Ergebnis einer Umfrage in privaten Haushalten im Lakes State vorgestellt—35 Prozent aller Befragten bestätigten, dass sie oder jemand auf ihrem Gelände im Besitz einer Schusswaffe seien. Die Untersuchung deckte eine hohe Rate von Einschüchterungsversuchen auf. Im Durchschnitt meldete jeder Haushalt, seit dem Abschluss des CPA das Opfer wenigstens eines Raubüberfalls, zweier Gewalttaten und einer bewaffneten Auseinandersetzung gewesen zu sein. Handfeuerwaffen spielten in diesen Situationen die dominierende Rolle.

Sudans Bodenschätze werden wahrscheinlich zu erneuten Konflikten zwischen Nord und Süd führen.

Das Kapitel unterstreicht die Notwendigkeit, dass Geberländer und international tätige politische Entscheidungsträger ihre Bemühungen um den Südsudan wieder aufnehmen und damit den Friedensprozess aktiv unterstützen. Es wird entscheidend sein, in wieweit die Friedensvereinbarungen (CPA) das DDR-Programm aktiv unterstützen und eine Reform des Sicherheitssektors umsetzen. Ebenso wichtig wird es sein, dass alle beteiligten Parteien den Geist und den Buchstaben der Friedensvereinbarungen respektieren. Seit 2003 hat die Krise in Darfur das internationale Interesse vom Südsudan abgelenkt. Jetzt ist es wichtig, dass die Politik ihre eingegangenen Verpflichtungen erneuert. ■